



Finanzierung

Was ist uns der Rechtsstaat wert?

Matthias Forster

Matthias Forster ist Volljurist und promoviert zu einem rechtshistorischen Thema an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Stationen seiner juristischen Ausbildung waren unter anderem Passau, Jerusalem und München. Er ist aktuell als Rechtsanwalt in Münster (Westfalen) tätig.

Wir leben in einer Zeit des globalen Systemwettbewerbs. Das nach der Implosion des real existierenden Sozialismus vom US-Politologen Francis Fukuyama proklamierte »Ende der Geschichte« währte nur kurz – sofern es nicht schon immer mehr Utopie als realistische Zukunftsprognose war. Zwar entfalten die liberalen Demokratien des Westens weiterhin eine große Anziehungskraft – weltweit emigrieren etwa viele Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben in diese Staaten. Doch sowohl von außen als auch von innen gerät die Idee verfasster Freiheit zunehmend unter Druck: von außen durch autoritäre Mächte, im Inneren durch eine zunehmende Polarisierung und Fragmentierung, die Erosion hergebrachter Parteiensysteme und die Stärkung der politischen Ränder.

Wer über die Krise der Demokratie nachdenkt, kommt kaum am berühmten Diktum des Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde vorbei, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Fakt ist: Ohne Bürger ist kein Staat zu machen. Dass auf der anderen Seite auch eine liberale Demokratie selbst – jedenfalls ein Mindestmaß – zu ihrem eigenen Gelingen beitragen kann, sollte indessen nicht verkannt werden. Dies führt zum Rechtsstaat. Wenn die Grundannahme stimmt: ohne Rechtsstaat keine Demokratie, wendet die Bundesrepublik Deutschland als liberale Demokratie dann zu wenige Ressourcen für ihr eigenes Fundament, den Rechtsstaat, auf? Die These des Autors lautet: Alle Anzeichen sprechen dafür.

Das zeigt schon ein Blick auf die Zahlen: 2025 hatte der Bundeshaushalt ein Gesamtvolumen von 502,55 Milliarden Euro. Davon entfielen auf den Etat des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz lediglich 1,16 Milliarden Euro, was einem Anteil von 0,23 Prozent (sic!) entspricht. Auf Länderebene sieht es zwar etwas besser, aber nicht weniger alarmierend aus: So wies etwa der Haushalt des Freistaats Bayern 2025 bei einem Gesamtvolumen von

**Wer die liberale Demokratie
bewahren will, dem muss der
Rechtsstaat etwas wert sein.**

76,7 Milliarden Euro für das Staatsministerium der Justiz Ausgaben in Höhe von knapp 1,41 Milliarden Euro aus – mithin einen Anteil von 1,8 Prozent.

Schon diese kursorische Betrachtung zeigt, dass Parlamentarier in Bund und Ländern in ihren Haushalten kein besonderes Augenmerk auf diesen staatlichen Kernbereich par excellence legen. Sie deckt sich mit der in der politischen Klasse immer wieder anzutreffenden Auffassung, wonach das Justizressort nicht viel gilt – zumindest im Vergleich zu den übrigen klassischen Ressorts wie Außen, Innen, Finanzen oder Verteidigung und dem den Löwenanteil in den Haushalten beanspruchenden Arbeits- und Sozialministerien.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften unter Verweis auf personelle Unterbesetzung überlange Verfahrensdauern und eine Vielzahl unerledigter Verfahren beklagen. Gleichzeitig ist das höchst bedenklich, denn nur schnelles Recht ist gutes Recht. Dass angesichts dieser Situation beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen die Einstellungsplätze für das Referendariat jüngst um rund 20 Prozent gekürzt hat, befremdet. Hier wird zweifelsohne an der falschen Stelle gespart.

Eingedenk des zusätzlichen Investitionsbedarfs, den ein funktionierender Justizapparat benötigt, um mit den Entwicklungen im Bereich KI und Legal Tech Schritt halten zu können, erweisen sich immerhin die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hinsichtlich eines Pakts für den Rechtsstaat als Silberstreif am Horizont. Eines ist klar:

Ein dysfunktionaler Rechtsstaat verliert das Vertrauen der Bürger. Die ohnehin schon angeschlagene liberale Demokratie droht dadurch erst recht von innen ausgehöhlt zu werden. Wer sie bewahren will, dem muss der Rechtsstaat etwas wert sein. Den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sei daher zugerufen: Die Lage ist ernst. Nehmen Sie sie auch ernst.

Roman Herzog Lecture: Gerechtigkeit als globale Aufgabe



Gerechtigkeits Themen bestimmen zunehmend die internationalen Beziehungen. Über die Notwendigkeit, faire Lösungen in einer von Krisen und Konflikten erschütterten Welt zu finden, sprach die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Barbara Zehnpenning bei der Roman Herzog Lecture am 9. Oktober 2025 in München. Schauen Sie rein!

